Signatur:	2025.SR.0118
Geschäftstyp:	Motion
Erstunterzeichnende:	Sibyl Eigenmann (Mitte), Laura Curau (Mitte), Debora Alder-Gasser (EVP)
Mitunterzeichnende:	-
Einreichedatum:	24. April 2025

Motion: Mobilität von Bundesangestellten nachhaltiger gestalten

Auftrag

Der Gemeinderat wird wie folgt beauftragt:

1. Er nimmt Kontakt mit der Bundesverwaltung auf, um sich eine Übersicht zu Anzahl und Lage der Stadtberner Parkplätze sowie Parkhäuser im Besitz des Bundes zu verschaffen.
2. Er nimmt Kontakt mit der Bundesverwaltung auf, um am Konzept zur Mobilität der Bundesverwaltung (wird anscheinend zurzeit erarbeitet[1]) mitzuwirken bzw. darauf hinzuwirken, dass der Bund zentrumsnahe Parkplätze und Parkhäuser bzw. solche in unmittelbarer öV-Nähe abbaut und so Berner Wohnquartiere vom MIV, den die Bundesangestellten produzieren, entlastet.
3. Er nimmt Kontakt mit der Bundesverwaltung auf, um zu prüfen, ob Parkplätze und Parkhäuser im Besitz des Bundes erworben werden können, um sie für dringendere Verwendungszwecke (Wohnraum, Grünanlagen, Behinderten- bzw. Gewerbeparkplätze, E-Ladestationen, Publibike-Stationen etc) umnutzen zu können.

Begründung

Die Stadt Bern ist als Bundesstadt ein zentraler Arbeitsort für zahlreiche Angestellte der Bundesverwaltung. Diese pendeln täglichen innerhalb oder von ausserhalb der Stadt zu ihrem Arbeitsplatz. Dies generiert Mehrverkehr, unter anderem auch motorisierter Individualverkehr (MIV), was sich insbesondere in den umliegenden Wohnquartieren negativ auf Lebensqualität, Verkehrssicherheit und Umweltbelastung auswirkt. Die Verringerung des MIV generell sowie die vom MIV weitgehend entlastete Wohnquartiere sind erklärte Ziele der Stadt Bern. Zur Verfolgung dieses Ziels wurden in den vergangenen Jahren immer wieder Parkplätze abgebaut sowie unlängst Parkgebühren erhöht. «Der Stadtverkehr, insbesondere der Pendler- und Freizeitverkehr entsteht aber zu grossen Teilen ausserhalb der Stadtgrenzen. Allein mit städtischen Konzepten kann deshalb das Reduktionsziel nicht erreicht werden. Dies ist vielmehr eine regionale Aufgabe und entsprechend in übergeordneten Prozessen sicherzustellen», wie es einer der Teilverkehrspläne MIV der Stadt Bern festhält. Reduktionsziele können also nicht effizient verfolgt werden, solange Anbieter ausserhalb der städtischen Einflusssphäre weiterhin Anreize für den MIV innerhalb der Stadt setzen. Ausgerechnet der Bund ist einer dieser Anbieter. Er verfügt über eine Vielzahl an Parkplätzen innerhalb des Stadtgebiets, deren genaue Anzahl und Lage bisher nicht umfassend dokumentiert sind. Ein besonders stossendes Beispiel ist das dreigeschossige Bundes-Parkhaus im Marzili, das sich in 10minütiger Gehdistanz zum Bahnhof Bern befindet. Die Zufahrt verläuft quer durch die Begegnungszone des Quartiers, die Einfahrt über den stark frequentierten Schulweg. Entsprechend nutzlos ist die Begegnungszone für die Quartierbewohner:innen (insb. in den Morgenstunden).

[1] https://www.blick.ch/politik/kostenlos-parkieren-beim-bund-bundesrat-will-bei-gratisparkplaetzen-ueber-die-buecher-id20067472.html

Ausserdem gefährdet der Verkehr die Sicherheit der Kinder auf ihrem Schulweg. Matthias Aebischer, Gemeinderat und Direktor für Tiefbau, Verkehr und Stadtgrün (TVS), hat dieses Paradox in einem Interview mit einer online Zeitung ebenfalls mit folgenden Worten festgehalten: «Diese [Autopendler:innen] fahren dann am Morgen mit dem Auto durchs Quartier, wenn die Kinder auf dem Schulweg sind. Daran ist alles falsch, was ich mir verkehrspolitisch vorstelle.» Auch im Rahmen der städtischen Klimapolitik ist es von zentralem Interesse, die Mobilität von Bundesangestellten nachhaltiger zu gestalten. Eine enge Zusammenarbeit mit der Bundesverwaltung ist dabei essenziell. Mobilitätsstrategie, Klimapolitik, Verkehrssicherheit sowie der begrenzte Raum und Boden in der Stadt Bern rechtfertigen das von dieser Motion geforderte Vorgehen von der Stadt. Für eine fundierte Beurteilung des Einflusses des Bundes auf das städtische Parkraumangebot ist eine transparente Datengrundlage erforderlich (Punkt 1). Eine Übersicht über alle vom Bund betriebenen oder besessenen Parkierungsanlagen in der Stadt Bern ermöglicht eine gezielte Planung und Koordination im Sinne der städtischen Verkehrs- und Umweltpolitik (Punkt 2). Diese Daten sind zudem eine wichtige Voraussetzung für die weitere Diskussion über mögliche Nutzungsänderungen, Abbaupotenziale oder Übernahmen durch die Stadt (Punkt 3).

«Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats abgelehnt.»